



„Die Würde des Menschen schließt jeden Flüchtling ein“

Aufruf des Bündnisses „Mitmenschlich in Thüringen“ - für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit

Solchen Andrang hat man im Raum der Landespressekonferenz im Thüringer Landtag selten gesehen. Das neugegründete Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit stellt in seiner Breite einen bisher einmaligen Zusammenschluss der Gesellschaft Thüringens aus Politik, den Kirchen, Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft, verschiedensten Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern dar.

„Der Mensch muss in den Mittelpunkt rücken“ sagte Sandro Witt, Sprecher des Bündnisses und stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, und verwies auf die zahlreichen prominenten Erstunterzeichner. Zunächst gilt es, für die am historischen 9. November, 18 Uhr, auf dem Erfurter Domplatz geplante Großveranstaltung für Toleranz und Mitmenschlichkeit, für ein Willkommen der Flüchtlinge zu mobilisieren, aber es soll weitergehen.

Das Herz des Bündnisses bleibe offen, betonte Witt, auch für die CDU, die nach ihrem Ausstieg bei den Vorbereitungen nun ziemlich isoliert dasteht. Allseits Unverständnis über die Begründung der Christdemokraten, dass Herausforderungen und Grenzen der Aufnahme von Flüchtlingen klar benannt werden müssten.

Dem Bündnis geht es aber gerade darum, dass „die Würde des Menschen, und sie schließt jeden Flüchtling ein, unantastbar ist“, wie es Winfried Weirich, der Leiter des Katholischen Büros Thüringen, unterstrich - auf der „Basis unserer Werteordnung“, „ohne Hass, ohne menschenfeindliche Parolen, ohne Gewalt“. Notwendig seien allerdings „Räume des Gesprächs und des Dialogs“, denn „Sorgen und Ängste können nicht einfach weg demonstriert werden. Wir brauchen eine nachhaltige Dialogkultur in unserem Land“.

Für die evangelische Landesbischöfin Ilse Junkermann sprach der Regionalbischof von Eisenach-Erfurt Christian Stawenow: „Wir stehen geschlossen hinter dem Bündnis. Wir können uns als Christen an keinem einzigen Menschen vorbeidrücken, der unsere Hilfe braucht.“ Und es gehe darum,

„das Mögliche möglich zu machen und nicht, das Mögliche für unmöglich zu erklären“.

Es ergriff auch ein Vertreter des Bundesverbandes der Muslime das Wort. Ihm war es dabei besonders wichtig, darauf zu verweisen, dass sie „für den interkulturellen und interreligiösen Frieden arbeiten“. Dabei sei es ihr Wunsch, „dass wir uns besser kennenlernen, offen aufeinander zugehen, miteinander reden und nicht übereinander“. Schließlich seien „gegenseitige Akzeptanz und Toleranz die Grundlagen für ein friedliches Miteinander“.

Eindrucksvoll ebenso das Statement

Kaczmarek, beruflich Pressesprecher der Parität Thüringen, hob die Unterstützung der Sozialverbände für das Bündnis, aber vor allem für die notwendige „große und erfolgreiche Integration der Flüchtlinge“ hervor. Sprache, Bildung, Arbeit seien hier nur als Stichworte genannt. Auch die Sozialverbände „nehmen die Sorgen und Verunsicherungen der Menschen ernst“ und wollen sich „ihnen stellen“.

Für die Thüringer Bündnisse und Netzwerke gegen Rechts ergriff auf der Pressekonferenz Romy Arnold das Wort und erinnerte daran, dass sie seit Jahren engagiert auf die Straße gingen.



Die Fraktion DIE LINKE und der Landesverband DIE LINKE Thüringen unterstützen „Mitmenschlich in Thüringen“, Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit, so die Fraktions- und Landesvorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow. „Es handelt sich um einen beeindruckenden Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren, dessen Bandbreite von Gewerkschaften, Wirtschafts- und Sozialverbänden über Kirchen und Religionsgemeinschaften bis zum Landessportbund und dem Feuerwehrverband reicht“, so die Abgeordnete, die auch an der mit großem öffentlichen Interesse aufgenommenen Pressekonferenz des Bündnisses am 29. Oktober im Landtag teilgenommen hatte. „Wir teilen ausdrücklich die Grundaussage, für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge einzustehen. Die Landespolitikerin begrüßte auch den Ansatz des Bündnisses, Ängste der Menschen ernst zu nehmen, zugleich aber menschenfeindlichen Parolen zu widersprechen. ■

von Stephan Fauth, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens: „Flüchtlingen Schutz zu gewähren und die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt, ist unsere humanitäre Pflicht.“ Allerdings brauche Deutschland auch „eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung“. Stephan Fauth war auch der erste und einzige, der sich direkt zur AfD und Bernd Höcke äußerte. Dieser bereite mit seinem Rechtspopulismus „den Boden für Hass und Gewalt, er schadet Thüringen und der Thüringer Wirtschaft“. Und wer dort mitlaufe, der schade ebenfalls Thüringen. Die Menschen würden benutzt und Ängste geschürt. Der Pressesprecher des Bündnisses, Hartmut

„Wichtig ist uns der demokratische Konsens, der uns als Zivilgesellschaft repräsentiert, der Schulterschluss aller Demokraten“, betonte die junge Frau, die auch für Samstag, den 7. November, auf dem Erfurter Anger warb, wenn es dort heißt: „Erfurt lacht...GEMEINSAM“, für eine tolerante und weltoffene Stadt. Es soll ein buntes, lautes, kreatives und fröhliches Fest werden. Und, selbstverständlich, gehört die Initiative zu den Erstunterzeichnern des Bündnisses „Mitmenschlich in Thüringen“.

Wer ebenfalls noch unterzeichnen möchte, kann das gern und jederzeit unter www.mitmenschlich-in-thueringen.tun.

Annette Rudolph ■

Aus dem Aufruf des Bündnisses „Mitmenschlich“

Wir setzen uns dafür ein, Welttoffenheit und Mitmenschlichkeit nicht nur nach außen zu zeigen, sondern auch jeden Tag zu leben. Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution erinnern wir uns besonders an das mutige Streben nach Demokratie, Meinungsfreiheit und einer offenen Gesellschaft. Dieser Kampf für die Demokratie und Menschenrechte ist uns auch heute noch Verpflichtung. Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit, den Geflüchteten beizustehen und ihnen zu helfen.

Wir stehen für die Menschenrechte von Geflüchteten und Asylsuchenden ein.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und unteilbar. Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine humanitäre Notwendigkeit und eine rechtliche Verpflichtung zugleich. Das Recht auf Asyl ergibt sich aus dem christlichen und humanistischen Menschenbild sowie besonders aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ist deshalb Bestandteil des Grundgesetzes. Dies ist Konsens aller Demokratinnen und Demokraten in unserem Land, ebenso wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Demonstrationsrecht und die freie Religionsausübung.

Wir schützen das zivilgesellschaftliche Engagement im Sinne des Grundgesetzes.

Zum Schutz der Menschenwürde bedarf es eines handlungsfähigen Staates und einer wehrhaften Demokratie. Die menschenwürdige Aufnahme und Begleitung von Geflüchteten kann nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement vieler Menschen gelingen und nicht allein durch politische Maßnahmen bewältigt werden. Wir stellen in Thüringen mit großer Dankbarkeit fest: Es gibt eine Vielzahl ehrenamtlicher Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften, die Geflüchtete in ihrem Alltag unterstützen. Diese Unterstützung ist ein wertvolles Gut, das hohe gesellschaftliche Anerkennung verdient, geschützt und weiterentwickelt werden muss. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Vier Jahre nach dem Aufliegen des NSU

Auf den Tag genau am 4. November beschäftigte sich der Thüringer Landtag auf Antrag der Linksfraktion in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „4 Jahre danach – Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal konsequent umgesetzt?“. Im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag sind eine ganze Reihe Konsequenzen und Vorhaben aus den Kommissionen und Ausschüssen zum NSU aufgelistet, von dem einiges umgesetzt wurde und anderes in der Planung ist bzw. noch aussteht. So gibt es im Landtag einen neuen Untersuchungsausschuss mit weitgehendem Auftrag. Das V-Leute-Unwesen ist beendet. Die Förderung solcher Beratungsstellen, wie mobit und ezra, ist verstetigt. Die Dokumentationsstelle, die Polizeivertrauensstelle oder Änderungen am Polizeiaufgabengesetz sind in Vorbereitung. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Rassismus“ oder die Konzipierung eines Mahn- und Gedenkortes stehen noch aus. ■

Linkes Konzept für Einwanderungsgesetz

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linksfaktionen diskutiert derzeit ein linkes Konzept, das Entwürfen eines ökonomisch orientierten Einwanderungsgesetzes entgegengestellt werden soll. Darauf machte Susanne Hennig-Wellsow aufmerksam, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Ökonomische Nützlichkeitsabwägungen widersprechen unseren Auffassungen von einer offenen und solidarischen Gesellschaft“, betonte die Abgeordnete.

Ausgangsposition sei, die guten und klaren Positionen der LINKEN in der Flüchtlingspolitik – offene Grenzen für schutzsuchende Menschen, keine diskriminierenden Sondergesetze, schneller Zugang zu Bildung und Arbeit, Bleibeperspektive von Anfang an – um andere Wege der Einwanderung zu erweitern. Das gegenwärtige Regelwerk sei zu kompliziert, zu selektiv und zu restriktiv. Anspruch eines linken Vorschlages müssten demgegenüber Offenheit, Einfachheit und Gleichbehandlung aller sein.

„Die Ziele eines linken Einwanderungskonzepts, an dem unsere Fraktionsvorsitzendenkonferenz intensiv arbeitet, sind legale Einwanderung ohne große Hürden, schnelle und unbürokratische humanitäre Hilfe, sofortige rechtliche Gleichstellung und einfache Einbürgerung sowie das Recht auf Freizügigkeit“, so Susanne Hennig-Wellsow. Mit dem Konzept will sich die LINKE an der aktuellen Diskussion um ein „Einwanderungsgesetz“ beteiligen. ■

Das Schweigen der AfD ist Ermutigung der Täter

Plenardebatte: Wie Journalisten von AfD-Anhängern beschimpft und bedroht werden

„Veröffentlichte Meinung gegen öffentliche Meinung – Thüringer Medien zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, mit diesem Thema wollte die AfD am 30. September im Landtag mal wieder ihr Süppchen kochen, gipfelnd im Vorwurf, „Journalisten dürfen keine plumpe Meinungsmaße betreiben“ (Stephan Brandner, AfD).

André Blechschmidt, Medienpolitiker der Linksfraktion, erinnerte: „Ihr seid die Ersten, die an die Wand gestellt werden“, das haben Teilnehmer der AfD-Demonstration am 16. September vor der Thüringer Staatskanzlei einem Kamerateam des MDR zugebrüllt. So werden Journalisten von Anhängern der AfD hier in Thüringen beschimpft und bedroht. Von Menschen, die Herr Höcke gerufen hat und zu denen weder die AfD noch Herr Höcke auf Distanz gehen wollen. Mit Deutlichkeit: Eine solche Bedrohung ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, ist ein Angriff auf Artikel 5 des Grundgesetzes und ist somit ein Angriff auf die Demokratie in diesem Land.“ Andere Teilnehmer der gleichen AfD-Demonstration, so der LINKE-Politiker weiter, „bedrängten und attackierten in mindestens zwei Fällen Fotografen, die dort am Rande der Veranstaltung ihrer Arbeit nachgingen“.

Immer wieder skandieren Teilnehmer auf AfD-Demonstrationen lautstark „Lügenpresse“. André Blechschmidt verwies darauf, dass der Begriff „bekanntermaßen ein gern benutztes Wort des NS-Funktionärs und späteren Propagandaministers, des Nazis Joseph Göbbels war. Zitat: ‚Ungehemmter denn je führt die rote Lügen-

genpresse ihren Verleumdungsfeldzug durch. Alles Lüge.‘ Und der NS-Ideologe Alfred Rosenberg konstruierte zwischen dem Begriff der Lügenpresse und dem von ihm dargestellten öffentlichen Willen des Volkes gezielt einen Widerspruch, der zwingend aufgelöst, bzw. wie er formulierte, geklärt werden muss. Heute hören wir: veröffentlichte Meinung gegen öffentliche Meinung. Ich frage: Wo ist da der Unterschied?“

„Haltet den Dieb“

Man könnte sich aber auch Meinungsäußerungen der AfD im Landtag im allgemeinen „oder des medienpolitischen Sprechers im Konkreten zuwenden, der sich über die Arbeit von Journalisten artikuliert, die sich intensiv mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen und die wiederholt für ihre Arbeit, ihre authentischen, objektiven und mithin auch mutigen Beiträge ausgezeichnet wurden. Darüber schreibt Herr Brandner: ‚Schaut euch mal den Artikel und das Foto dazu an – so funktioniert Propaganda beim MDR‘.“

André Blechschmidt weiter: „Die wiederholten Angriffe auf die Presse hier in Erfurt, in Leipzig, in Nordrhein-Westfalen und kein Wort dazu von der Thüringer AfD, die sich immer im Internet stolz mit ihren Teilnahmen bei den Aufmärschen in Dresden präsentiert und sie hier in Erfurt organisiert. Eine Distanzierung von Gewalt gegen Journalisten durch die AfD, den Partei- und Fraktionschef Höcke oder dem medienpolitischen Sprecher habe ich bis heute nicht gehört. Das Schweigen der AfD bedeutet Tolerierung, bedeutet Ermutigung der Täter.“

Der Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (LINKE), zitierte AfD-Zwischenrufe an den Redner Blechschmidt: „Sie haben die Demo infiltriert“, „wahrscheinlich haben Sie das sogar selbst gemacht“. Das ist schon ein starkes Stück, wenn Angriffe auf Journalisten aus einer von der AfD angemeldeten Demonstration kritisiert werden und der Eindruck suggeriert wird von Fraktionsmitgliedern der AfD, dass diejenigen, die es kritisieren, es selbst gewesen seien. Das Prinzip heißt ‚Haltet den Dieb‘, aber jeder weiß, wer der eigentliche Dieb ist.“

Der Minister verwies auf Umfragen, wonach neben die Politikerverdrossenheit die Medienverdrossenheit getreten ist. Dabei stünden im unteren Bereich der sozialen Skala dafür vor allem zwei Ursachen: „1. die Diskrepanz zwischen der Weltansicht weiter Teile der Gesellschaft und der so aufgeklärten Welt, wie sie in den Medien dargeboten wird, und 2. die Kapitulation vor der Komplexität politischer Themen. Ein großer Teil der Menschen versteht die Welt nicht mehr und schon gar nicht die Welt, wie sie in den Medien dargeboten wird, und wendet sich deshalb ab. Auf dieses Spektrum zielt die Opferretorik der AfD, Opfer von Mainstream und Political Correctness zu sein.“

Und mit Blick auf die Internet-Kommunikation sagte Prof. Hoff: „Man kann sich aus der Isolationsfurcht, die auch das Abseitige beinhalten mag, befreien und dann zu der Einsicht gelangen, wir sind doch eigentlich viele und warum wird das nicht in den Medien abgeleitet.“ *Fortsetzung S. 10*

Katrin Christ-Eisenwinder Thüringer Gleichstellungsbeauftragte



Nachdem am 20. Oktober Katrin Christ-Eisenwinder – sie war von 2006 bis 2011 Landesgeschäftsführerin der Thüringer LINKEN und zuletzt Referentin des Weimarer Oberbürgermeisters – von Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zur neuen Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann beim Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,

Gesundheit, Frauen und Familie ernannt worden war, wurde ihr auch in der Fraktionssitzung der LINKEN im Landtag durch Susanne Hennig-Wellsow dazu herzlich gratuliert (s. Foto).

Katrin Christ-Eisenwinder wies auf den gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf hin, der auch in Thüringen bestehe: „Frauen verdienen weniger,

als ihre männlichen Kollegen, Frauen sind seltener in Gremien, Aufsichtsräten oder Führungsetagen vertreten, Frauen sind diejenigen, die die Hauptlast der Familienpflichten übernehmen und somit den Spagat zwischen Familie und Beruf schaffen müssen. Hier Fortschritte zu erzielen, sehe ich als meine Aufgabe als Gleichstellungsbeauftragte des Landes.

Dazu werde ich darauf achten, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden. Und ich werde eigene Vorschläge zum Abbau der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen entwickeln und auf ihre Umsetzung dringen.“

Zu Beginn ihrer Tätigkeit möchte die neue Gleichstellungsbeauftragte sich vordringlich der Überarbeitung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, der Entwicklung der Gendermedizin sowie der Überarbeitung des Maßnahmeplans gegen häusliche Gewalt widmen. ■

Eine Arbeit, die kaum wahrgenommen wird

Von der Fachtagung „Frauen in prekärer Beschäftigung im Pflege- und Care-Bereich“

Zu einer Fachtagung „Frauen in prekärer Beschäftigung im Pflege- und Care-Bereich“ hatten kürzlich die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Rosa Luxemburg Stiftung nach Jena eingeladen.

Care-Arbeit, also Sorgearbeit, zielt auf die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten einer Person. Der Begriff entstand in den 90er Jahren und knüpft an feministische Diskussionen über die Reproduktionsarbeit an. Zum Thema sprachen die Arbeitssoziologin Prof. Dr. Gabriele Winker, die Gewerkschaftssekretärin Kathrin Reinhardt, die Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Linksfraktion, Karola Stange, und die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner.

Abfluss von Fachkräften aus Thüringen

Zahlreiche Probleme offenbaren sich beim näheren Betrachten von Pflege- und Care-Arbeit: Sie wird entweder unbezahlt oder schlecht bezahlt erledigt. Sie betrifft vor allem Frauen. Durch die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer geringen finanziellen und gesellschaftlichen Anerkennung dieser Berufe, ergibt sich für sie ein hohes Armutsrisiko im Alter, aber auch bereits im Erwerbsleben. Hinzu kommt: Pflege- und Care-Arbeiterinnen organisieren sich kaum und haben dadurch nur eine geringe Resonanz innerhalb der Gesellschaft. Die prekären und diskontinuierlichen Erwerbsverläufe haben im Zusammenhang mit einer Doppelbelastung durch familiäre Verpflichtungen ebenfalls starke negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Frauen. Dies trifft auch auf migranti-

sche Frauen zu, die in wachsendem Ausmaß im öffentlichen und privaten Bereich Pflege- und Care-Arbeiten übernehmen. Es werden künftig immer mehr Menschen auf diese Arbeiten angewiesen sein, während gleichzeitig nicht genug Fachkräfte ausgebildet werden und die Tätigkeit kaum gesellschaftlich gewürdigt ist. Starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West sorgen für einen Abfluss von Fachkräften aus Thüringen. So verdient in Bayern eine Altenpflegerin etwa 600 Euro mehr.

Care-Arbeit ist unsichtbar, sie wird gemacht und ist essentiell und dennoch nimmt man sie kaum wahr, da-



durch ist sie fast ausschließlich unentgeltlich. Das wird dann zum Problem, wenn diese Arbeit in Konkurrenz zum Erwerbsleben steht, weil dann weniger Zeit zum Geldverdienen bleibt und noch keine staatliche Absicherung z.B. im Alter gewährleistet ist.

Welche Wege zur Änderung dieser Umstände wurden auf der Fachkonferenz diskutiert? Zunächst müsse vor allem den Beschäftigten noch stärker klar werden, wie unersetzlich ihre Arbeit ist und welche große gesellschaft-

liche Bedeutung sie hat, also gewerkschaftliche Organisation und Tarifpolitik. Verstärkt werden müsse die Aus- und Weiterbildung.

Anreize wurden mit einer Imagekampagne gesetzt und seit 2010 steigt auch die Vergütung. Mehr Solidarität ist wichtig, denn der gesellschaftliche Druck ist enorm, wenn Pflege- und Care-Arbeit z.B. aufgrund von Streiks ausfällt. Das Kassensystem unterminiert hier die Arbeit der Angestellten, weil der entstehende Wettbewerb kapitalistischer Logik unterliegt und nicht der Notwendigkeit in der Sache. Für Thüringen sei ein Pflegepersonalschlüssel notwendig und auch ein Branchentarif-

vertrag könnte in Betracht gezogen werden. Außerdem wurde die Dualstruktur von Pflege- und Care-Arbeiten auf der einen und der medizinischen Arbeit auf der anderen Seite problematisiert, werden doch die „Care-Arbeiten“ im Gegensatz zu den „Cure-Arbeiten“ (also heilenden Arbeiten) sehr viel weniger gewürdigt und entlohnt. Dies führt zu strukturellen Verschärfungen, weil die Bereiche gegeneinander ausgespielt werden.

Michael Bicke

VON A BIS Z:

Energiekonferenz

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hat sich für ihr Vorhaben einer Energiewende die umfassende Bürgerbeteiligung zum Schwerpunkt gemacht. Darauf verweist Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion. Auch beim Windenergieerlass habe sie dazu eine für Regierungshandeln in Thüringen einmalige Beteiligungsform bereits auf den Weg gebracht. Mit der vorgezogenen Bürgerbeteiligung wurden beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft bereits 537 Stellungnahmen – darunter von allen Bürgerinitiativen, vielen Institutionen und Einzelpersonen – eingereicht. Nun mache auch der federführende Landtagsausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten auf Antrag der regierungstragenden Fraktionen mit mehr Bürgerbeteiligung ernst und hat die schriftliche Anhörung mit einer Liste von Teilnehmern auf den Weg gebracht, die bisher nicht beteiligt waren, wie BUND, NABU und Grüne Liga.

In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass die Linksfraktion zur 1. Meininger Energiekonferenz „effizient – regenerativ – dezentral“ für Samstag, den 21. November, 10 bis 17 Uhr ins Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Multifunktionshalle, einlädt. Dabei sollen Interessierte und vor allem kommunalpolitisch Verantwortliche die Möglichkeit haben, sich zu informieren und zu diskutieren, u.a. über den Windenergieerlass und künftige Netzarchitekturen, über veränderte Landschaftsbilder und technische Entwicklungen.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstermine des Thüringer Landtags bis zum Jahresende sind, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, für den 4. bis 6. November, den 25. bis 27. November sowie im Zeitraum vom 16. bis 18. Dezember anberaumt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Haushalt

„Der politische Gestaltungsanspruch der Landesregierung wird im Haushaltsentwurf 2016/17 wohlthuend deutlich“, so die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow nach der Haushaltsklausur am 19. Oktober. „Wir sind uns in der Fraktion einig, dass wir mit dem Doppelhaushalt trotz der schwierigen Situation Thüringen aktiv gestalten wollen. Eine linke Handschrift bedeutet dabei aus unserer Sicht, dass wir in den kommenden Jahren sozial gerecht, demokratisch und ökologisch Politik machen können.“ Dazu werde die Linksfraktion den Koalitionspartnern Vorschläge für Änderungsanträge unterbreiten. Das könne die Bereiche der Bildungs-, Sozial- und Kommunalpolitik betreffen.

Floréal Barrier

Namens der LINKEN brachte die Fraktions- und Landesparteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow ihre Trauer anlässlich des Todes des Vorsitzenden des Beirats des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald, Floréal Barrier, zum Ausdruck. „Sein Engagement gegen Faschismus und Neonazismus, sein Kampf für eine Welt des Friedens und des Humanismus bleiben unvergessen und sind uns Verpflichtung für die Zukunft“, betonte die Landespolitikerin und erinnerte an die Aktualität des Schwurs von Buchenwald im 70. Jahr der Befreiung des Konzentrationslagers. „Wir werden das Andenken an den Verstorbenen, der seit über 20 Jahren als Vorsitzender des Häftlingsbeirats tätig war, bewahren.“

Netzneutralität

„Schneller als erwartet, hat die Telekom bewiesen, wohin die Reise gehen wird. Die Netzneutralität in Europa wurde jetzt vom EU-Parlament faktisch abgeschafft“, so MdL Katharina König zu den angekündigten Spezialdienstmodellen der Telekom. „Wie das Internet ohne Netzneutralität aussehen wird, ist nun deutlich geworden. Es entspricht dem, wovon Netzexperten und auch Politiker der LINKEN immer gewarnt haben: Kostspielige Überholspuren, Extra-Kosten für kleine, neue Unternehmen und so weiter und so fort. Das behindert nicht nur die Digitalisierung der Wirtschaft generell, es wird auch für viele kleine und mittelständische Unternehmen in Thüringen zum Nachteil werden.“

KURZ UND PRÄGNANT

66 Abgeordnete und 140 MitarbeiterInnen

25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag: Das sind fast 10.000 mündliche und Kleine Anfragen, das sind tausende Selbstbefassungsanträge, Anträge und Änderungsanträge im Plenum, hunderte Gesetzesinitiativen und fast 90 Große Anfragen.

25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag. Das sind 66 Menschen, die als Abgeordnete im Hohen Hause saßen und sitzen. Drei von diesen 66 Abgeordneten sind leider nicht mehr unter uns. Peter Dietl, Johann Günter Harrer und Benno Lemke gedenken wir gerade an diesem Tag ganz besonders.

25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag: Das sind knapp 70 Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter und etwa ebenso viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Wahlkreisbüros. Ihnen und ihrer unermüdlichen Arbeit gilt immer, aber auch gerade zu diesem besonderen Anlass, unser Dank. 25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag: Das sind insgesamt neun Fraktionsvorsitzende, vier von ihnen gestalteten zum Festakt die szenische Lesung: Susanne Hennig-Wellsow, Bodo Ramelow, Dieter Hausold und Klaus Höpcke, dazu André Blechschmidt, parl. Geschäftsführer. ■

25 Jahre Linke im Landtag

Festveranstaltung der Linksfraktion mit zahlreichen Weggefährten und Gästen

Zur Festveranstaltung der Linksfraktion „25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag“ konnte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow am 19. Oktober im Plenarsaal zahlreiche Weggefährten, Gäste aus Politik und Gesellschaft Thüringens begrüßen, darunter den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.

Als eindrucksvolle Reminiszenz an die Arbeit und das parlamentarische und außerparlamentarische Engagement der insgesamt 66 linken Abgeordneten der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte erwiesen sich sowohl die szenische Lesung aus Plenarprotokollen als auch die Fotoausstellung im Fraktionsflur. Sie zeigt neben einer Übersicht der Abgeordneten der sechs Legislaturperioden, Schnappschüsse aus dem Archiv.

Idee, Verantwortung und Umsetzung der eindrucksvollen szenischen Lesung hatte Matthias Mitteldorf. Videoinspielungen ließen schmunzeln zum Beispiel über die legendäre Bienen-Rede des Landwirtschaftspolitikers Konrad Scheringer. Oder, wenn auch mit deutlich ernsterem Hintergrund, über das absurde Akten-Wechsle-Dich-Spiel, als Bodo Ramelow während der Landtagssondersitzung am 19. März 2014 die Kali-Geheimvertrags-Ordner, die den Fraktionen anonym zuge-

schickt worden waren, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hinlegte, ihr Staatskanzleiminister sie an den Platz des LINKE-Fraktionschefs trug, der parlamentarische Geschäftsführer André Blechschmidt sie Bodo Ramelow ans Rednerpult zurückbrachte und dieser sie der hinter ihm im Präsidium sitzenden Landtagspräsidentin gab, die sie letztendlich verschloss. War ja alles streng geheim.

Zur ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 hatte die linke Wahlliste ein Ergebnis von 9,7 Prozent erreicht. Ein Parteiloser, Vertreter der Vereinigten Linken, der reformierten fdj und der PDS zogen unter dem Fraktionsnamen Linke Liste/PDS und mit neun Abgeordneten in den Landtag ein. Nach 1994 mit einem Wahlerfolg von schon 16,6 Prozent gab es dann bis zum Jahr der Wahl des 6. Thüringer Landtags mit einem linken Ministerpräsidenten noch vier weitere Landtagswahlen. Die Zahlen sprechen für einen Erfolg der Fraktionen Linke Liste/PDS, PDS, Die Linke.PDS und schließlich DIE LINKE: 21,3 Prozent, 26,1 Prozent, 27,4 Prozent und zuletzt – wie erinnern uns alle noch sehr genau – 28,2 Prozent. ■



Beim Betrachten der Fotoausstellung zum 25. Geburtstag der Fraktion, die im Flur der 4. Etage des Fraktionsgebäudes gezeigt wird, kam es zu manch angeregtem Gespräch über die vielfältige Arbeit der Abgeordneten und Mitarbeiter.

Räume, um miteinander ins Gespräch zu kommen

Aus dem Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode. 2. Sitzung. Bodo Ramelow:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der Tribüne hat ein von mir sehr wichtiger väterlicher Freund Platz genommen und den spreche ich an. Lieber Andreas Möller, die Partei, der ich beigetreten bin, hat in ihrer Quellpartei eine Partei, in deren Namen Du im Gefängnis gesessen hast. Es lässt mich nicht ohne Emotion, wenn ich weiß, dass Deine Freundschaft zu mir ein langer Weg war und du mich oft für meine Parteimitgliedschaft attackiert hast und gesagt hast: Darüber müssen wir reden, weil Deine Partei viel Unrecht über Menschen gebracht hat. – Andreas Möller hat im Stasiknast in Potsdam gesessen. Er hat mich mitgenommen an den Ort, an dem er im Blut gelegen hat. Er hat dann in Waldheim mehrere Jahre gesessen. Ich kann nur sagen: Lieber Andreas Möller, Dir und all Deinen Kameraden kann ich nur die Bitte um Entschuldigung übermitteln. Und ich kann sagen: Die Landesregierung und unsere drei Parteien haben sich deswegen so intensiv mit dem Thema „Aufarbeitung und DDR-Unrecht“ beschäftigt und einiges in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, was wir angehen wollen mit denen, die mit uns gemeinsam diesen Weg gehen wollen.“

Die Einladung gilt und die Bitte, mich, uns mitzunehmen in den Dialog. Wir brauchen im 25. Jahr der friedlichen Revolution die Räume, um miteinander ins Gespräch kommen zu können.“ ■

Auch eine konsequente Friedenspolitik

In der szenischen Lesung zitierte Susanne Hennig-Wellsow den Abgeordneten der Linke Liste/PDS Michael Gerstenberger aus der Debatte zur Wirtschafts- und Strukturpolitik der Thüringer Landesregierung in der 29. Plenarsitzung am 25. September 1991, in der er klar und scharf analysierte:

„Durch die Art und Weise des Vollaufs der Wirtschafts- und Währungsunion wurde der Wirtschaft der ehemaligen DDR nicht die Spur einer Chance gelassen. Hier ging es einzig und allein darum, die Eigenständigkeit dieser Wirtschaft zu vernichten. Ihr blindes Vertrauen auf die Heilsamkeit der Marktkräfte erwies sich dabei als verhängnisvolle Illusion.“

Das Anti-Kriegs-Transparent

25 Jahre Fraktionsarbeit heißt auch eine konsequente Friedenspolitik. Da gab es unter anderem 2003 den Transparentzwist am Landtagsgebäude und damit verbunden die Pizza-Sitz-Blockade auf dem Fraktionsflur. So konnte einige Zeit verhindert werden, dass das Anti-Kriegs-Transparent, das die Fraktion am Landtag gehisst hatte, von den Büros aus entfernt wurde.

Letztlich kam die Feuerwehr, schnitt das Transpi von außen ab und Gabi Zimmer und Wolfgang Albold zerrten dann draußen auf der einen Seite und

Dr. Joachim Link, Landtagsdirektor, auf der anderen. Ein paar Monate später schmuggelte unsere Fraktion einen japanischen Kirschbaum, ein Friedenssymbol, in den alten Plenarsaal.

Niemandem fiel das auf. Bis dann Gabi Zimmer diesen Baum dem Ministerpräsidenten Bernhard Vogel schenken wollte und somit einen „Skandal“ auslöste.

Die „Alternative 54“

In der Außenwirkung der Fraktion gibt es, und darauf können wir stolz sein, noch zwei wichtige und für die Linke charakteristische Merkmale: Wir haben immer, überall, durchgängig und konsequent Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Ausländerfeindlichkeit, Antiziganismus und die Ungleichbehandlung von Frauen in unserer Gesellschaft bekämpft.

Und: Einzig die linken Abgeordneten des Thüringer Landtages haben immer wieder gegen die automatische Diäten-erhöhung revoltiert und sich letztlich zum Verein „Alternative 54“ zusammengeschlossen.

Seit Gründung des Vereines 1995 konnten die angesammelten Gelder satzungsgemäß in Thüringen den zugute kommen, die durch andere Förderungen oft nicht bedacht werden konnten. Der Verein „Alternative 54“ hat in diesen 20 Jahren eine Million Euro als Spenden weitergeben können. ■

DAS THEMA

Bürgerinteressen vor Parteibelange

Aus der szenischen Lesung zur Festveranstaltung 25 JAHRE LINKE POLITIK IM LANDTAG

„Kindlein liebt Euch, und wenn das nicht gehen will: Lasst wenigstens einander gelten.“ Mit diesem Goethe-Zitat trat Klaus Höpcke als Fraktionsvorsitzender der Linken Liste/PDS bei der Konstituierung des Thüringer Landtags am 25. Oktober 1990 ans Mikrophon im Nationaltheater Weimar und mahnte auch einen fairen Umgang miteinander im Parlament an.

Aus dem Plenarprotokoll des Thüringer Landtags. 1. Wahlperiode. 1. Sitzung am 25. Oktober 1990:

Präsident Dr. Müller: „Ich bitte die Fraktion der PDS das Wort zu nehmen. Der Abgeordnete Dr. Höpcke.“

Klaus Höpcke: „Herr Präsident, ich danke für die Schnellpromotion, ich habe sie noch nicht erworben.“

Meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste! Dieser Tag und diese Stunde laden zum Reden über geschichtliche Bezüglichkeiten ein. Auch ich werde mich dem nicht entziehen. Zuvor aber möchte ich gegenwärtige Befindlichkeiten zur Sprache bringen. Den Umständen heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Thüringer Land und ihrer Veränderung gehört unsere bevorzugte Aufmerksamkeit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir zügig die Arbeit aufnehmen, die zu tun wir als Abgeordnete gewählt worden sind. An den Landtagswahlen im Oktober 1990 haben sich in Thüringen 20 Prozent weniger Wahlberechtigte beteiligt als im März 1990 an den Volkskammerwahlen. Unsere Partei hat 80.000 Stimmen verloren, bei der CDU - (Beifall CDU)

immer warten mit dem Beifall - bei



der CDU beläuft sich die Stimmeneinbuße auf 400.000. Wir alle bewegen uns in einem Spannungsfeld zwischen hohen Erwartungen und ihrer möglichen und wirklichen Erfüllung. Dabei geht es um mehr als das Einlösen von Versprochenem, obwohl es sich darum natürlich auch handelt. Für die Angehörigen der Fraktion der Linken Liste-PDS kann ich sagen, dass unser Politik- und Parteienverständnis zum Inhalt hat, Bürgerinteressen vor Parteibelange zu setzen.“

Damals konnte wohl niemand ahnen, dass 24 Jahre später, am 5. Dezember 2014, Bodo Ramelow in diesem Saal als erster linker Ministerpräsident Deutschlands eine Rede halten würde. „Versöhnen statt spalten“, zitiert Bodo Ramelow

24 Jahre später den früheren Bundespräsidenten Johannes Rau in seiner Antrittsrede als Ministerpräsident und trifft danach über zwei Jahrzehnte später einen ganz ähnlichen Ton - mit dem Unterschied, dass hinter seinen Worten eine, wenn auch denkbar knappe Mehrheit des Parlaments steht.

Aus dem Plenarprotokoll des Thüringer Landtags. 6. Wahlperiode. 2. Sitzung.

Bodo Ramelow: „Anlässlich meiner Wahl zum Ministerpräsidenten möchte ich an dieser Stelle ein paar Anmerkungen zu der Art des Umgangs unter uns machen und welche Bedeutung ich dem für das Land beimesse. Die letzten Wochen - Herr Landtagspräsident Carius sprach es an - hat dieses Land

intensive politische Debatten erlebt, bei denen es einerseits um die Inhalte des Regierungshandelns der nächsten fünf Jahre ging, bei denen aber andererseits auch Symbolik eine große Rolle spielte.

Mit der Art, mit der wir uns hier im Parlament und darüber hinaus auseinandersetzen, entscheiden wir auch über die politische Kultur dieses Landes. Die Geschichte lehrt uns, dass ein fairer und respektvoller

Umgang unter politischen Kontrahenten nicht selbstverständlich ist. Er muss aktiv und jeden Tag neu hergestellt werden.

Nur wer den anderen so behandelt, wie er selbst von ihm behandelt werden wollte, nur so können wir den Menschen glaubhaft vermitteln, dass Solidarität, Fairness und Respekt uns alle zusammen weiterbringen. Fast die Hälfte der Menschen in Thüringen ist bei der letzten Landtagswahl zu Hause geblieben. Mich sorgt das sehr. Ich glaube, wir alle hier im Hohen Haus sollten das als Herausforderung begreifen, Politik wieder näher an die Menschen zu bringen, damit sie sich einmischen in die Demokratie, die sie sich vor 25 Jahren selbst erkämpft haben.

Klaus Höpcke, erster Fraktionsvorsitzender 1990, in der szenischen Lesung: „Aufarbeitung der Geschichte, gerade auch ihrer düsteren Seiten, das Herausfinden objektiver und subjektiver Ursachen für Fehlentwicklungen, für Gebrechen und Verbrechen, gehört unverzichtbar zu unserer Politikfähigkeit in Gegenwart und Zukunft; wobei wir einer Gleichsetzung dessen, was während der letzten Jahrzehnte geschah, mit den unvergleichlichen Naziverbrechen entgegenreten.“

André Blechschmidt liest aus dem Plenarprotokoll, 2. Wahlperiode, 12. Sitzung, 18. Mai 1995.

„Es spricht die Abgeordnete Dr. Ursula Fischer: Wissen Sie, meine Damen und Herren, wir kritisieren die DDR von einem sozialistischen Standpunkt aus. Und diese Kritik ist sehr oft sehr viel tiefer und nicht von dieser vordergründigen, oberflächlichen Art. (...) Das ist die Grundposition der PDS-Fraktion. Aber eine CDU, die eine Politik des Ausbaus (...) von Geheimdiensten betreibt, die Abhörpraktiken ausdehnt und die ständig erwägt, wie man die innere Sicherheit auf Kosten der Bürgerrechte verstärken kann, die steht doch dem überzogenen Sicherheitsdenken der DDR viel näher als eine PDS.“

Exemplarisch: Der 8. Mai als Gedenktag der Befreiung

In der szenischen Lesung Susanne Hennig-Wellsow: „Stellvertretend für vieles, was bereits in dieser kurzen Zeit erreicht ist und auch ermutigend im Hinblick auf schwierige politische Debatten, die uns momentan und in Zukunft begleiten werden, sei exemplarisch erwähnt, dass mit der rot-rot-grünen Mehrheit der 8. Mai als Tag der Befreiung in Thüringen nun ein Gedenktag ist. Noch sehr aktuell sind uns die Debatten im Ohr, die wir dazu unlängst im Parlament geführt haben. Auch dafür gibt es unzählige Parallelen aus den vergangenen Jahrzehnten.“

Abgeordneter Steffen Kachel, 1995 im Landtag: „Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, werde Gäste! Vor wenigen Tagen jährte sich (...) der Tag der Befreiung. Manche Leute bezeichnen diesen Tag verschämt als Ende des Krieges, andere wieder sehen in ihm eine Niederlage, ja sogar den Beginn einer Fremdherrschaft. Wer heute beim Gedenken über den 8. Mai beim Empfinden der enttäuschten NS-Gefolgschaft von 1945 stehenbleibt, erweist sich im Denken als ein gefährlich Gestriger.“

Gabi Zimmer, 1995: „Der 8. Mai, (...)

der 50. Jahrestag ist vorüber. Die Rückkehr zur altgewohnten Ignoranz und Selbstgerechtigkeit in puncto deutsche Geschichte vollzieht sich. Nunmehr sollen aufdringliche Erinnerungen und Tatsachen bezüglich Aggressionen, Okkupation, KZ- und Wehrmachtverbrechen, skandalösem Umgang mit der NS-Vergangenheit rasch verdrängt und zum zeitgeschichtlichen Herzensanliegen deutscher Konservativer zurückgekehrt werden.“

Bodo Ramelow in der szenischen Lesung: „Im von Susanne Hennig-Wellsow herausgegeben Buch ‚Mit LINKS regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht‘ habe ich noch in meiner Bilanz der ersten Monate Regierungsarbeit geschrieben: ‚Wir machen den 8.



Mai als Tag der Befreiung zum gesetzlichen Gedenktag und haben zum 70. Jahrestag der Befreiung thüringenweit Beflaggung als Zeichen des Dankes an die Anti-Hitlerkoalition angeordnet. Die Reaktionen vor allem aus der CDU beweisen, dass man Geschichte immer wieder neu diskutieren muss.“ Am 2. Oktober hat Rot-Rot-Grün im Parlament den 8. Mai zum Gedenktag gemacht und auch damit einen Bogen zu den ersten Initiativen und Ansätzen unserer Fraktion vor 25 Jahren geschlagen.“

Olympia und Jugendhilfe im Fokus des Ausschusses

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Thüringer Landtags war auf Arbeitsreise im Norden Deutschlands. Auf dem Programm stand eine sogenannte auswärtige Sitzung in Hamburg und Bremen.

Zwei thematische Schwerpunkte bewegten den Ausschuss: am ersten Tag der Sport, am zweiten Tag die Flüchtlingspolitik. Zuerst standen im größeren und reicheren Hamburg Gespräche beim Landessportbund und im Senat auf dem Programm. Landessportbund-Vertreter und Sport-Staatsrat Christoph Holstein informierten zur Olympia-Bewerbung Hamburgs, die, so die Vortragenden, zur Bewerbung der Bundesrepublik werden müsse. Viele Fragen wurden beantwortet, so dass ein gutes Bild über Stand, Umfang und Risikomanagement der Bewerbung entstand. Auch zu den Erfahrungen Hamburgs bei der Integrationsarbeit im Sport waren interessante Details zu erfahren, bevor mit dem Hamburger Olympiastützpunkt der nächste Punkt der Reise angesteuert wurde.

Fazit des sportpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Knut Korschewsky: „Es war sehr interessant, dass sportliche Großprojekte viele Möglichkeiten für städtische Entwicklungen beinhalten, aber auch Risiken bergen.“

Am zweiten Tag kamen in Bremen Fragen der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Jugendhilfe in den Fokus, wo die Hansestadt bereits über erprobte Erfahrungen verfügt. Es war spannend zu hören, wie die Bremer Kollegen, die derzeit 3.000 sogenannten UMF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) betreuen, mit den vielen kleinen und großen Aufgaben umgehen, die es,



meist ohne große Vorbereitungszeit, jeden Tag zu lösen gilt. Der Besuch einer Einrichtung gab den Ausschussmitgliedern Einblicke in den Alltag der UMF, in den vorhandenen Förderbe-

darf, aber auch in die Vernetzung mit ehrenamtlichen Hilfeangeboten, Fragen der Überwindung sprachlicher Barrieren, der Vormundschaft und der beruflichen Förderung. Diese Eindrücke konnten bei einem längeren sehr intensiven Gespräch mit der zuständigen Senatsverwaltung und mehreren TrägervertreterInnen noch vertieft werden. Gerade von der Leistung der Jugendhilfeinstitutionen zeigten sich die

Die LINKE-Landtagsabgeordnete Kati Engel zu den Informationen in Bremen: „Am beeindruckendsten war für mich, zu sehen, wie gut in Bremen Jugendamt, Vereine und Ehrenamtliche z.B. in Fragen der Vormundschaft für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge vernetzt sind. Die Koalitionspartner sind sich einig, diese Form der Zusammenarbeit auch in Thüringen voranzubringen.“

Teilnehmer der Arbeitsreise beeindruckt. Für die Arbeit in Thüringen konnten wertvolle Anregungen mitgenommen werden.

Schweigen der AfD (Fortsetzung v. S. 6)

„Dies ist zwar eine legitime Frage, aber es gibt darauf eben nur zwei Antworten, eine demokratische, die mit dem Dilemma der Akzeptanz von Komplexität behaftet ist, und eine Antwort, auf der das politische Geschäftsmodell von Pegida, AfD und NPD beruht. (...) Aber das, was hier Herr Brandner suggeriert: Wenn vermittelte Information nur mit der Messlatte eigener Zustimmung akzeptiert wird. Nicht glauben zu wollen, heißt keinesfalls, Herr Brandner, es glaubwürdiger zu wissen. Journalismus ist Zumutung. Da draußen, vor der eigenen Tür und außerhalb des eigenen Kopfes, passiert unendlich viel. Journalismus trägt dieses Viele hinein.“

Sehr aufschlussreich war in der Debatte auch die Rede von Oskar Helmerich, fraktionsloser Abgeordneter, der ehemals der AfD-Fraktion angehörte und interessante Einblicke gab:

„Die Höcke-Fraktion beschwert sich larmoyant über unsere Thüringer Medien. Die Absicht, mit der die Höcke-Fraktion, aber auch Höcke selbst das Thema gewählt haben, ist durchsichtig. Die angeklungenen Verschwörungstheorien sind abenteuerlich und vermutlich Ausdruck einer schwerwiegenden Persönlichkeitsstörung. Ich habe meine Erfahrungen mit den Methoden dieser Fraktion machen müssen. Gerne werden bei diesen Leuten Protokolle nachträglich manipuliert oder Herr

Höcke macht Erinnerungslücken und Computerabstürze geltend, sobald er in Erklärungsnot ist. Deshalb halte ich es für eine hochgradige Heuchelei, wenn sich ausgerechnet diese Leute über angeblich unwahre Berichterstattung beschweren.

Ich wurde mehrfach Zeuge, wie Herr Höcke die von ihm so gescholtenen Thüringer Medien gezielt belogen hat. Bei intakten Geistesfunktionen wird er sich an diese Unwahrheiten auch noch erinnern. Da ich es gewagt habe, seine Lügen anzuprangern, versucht er, mich aktuell mit einer Unterlassungs- und Schadenersatzklage über 60.000 Euro mundtot zu machen. Im Rahmen dieses Rechtsstreits wird aber sein Verständnis von Wahrheit bald öffentlich. Allenfalls durch einen psychopathologischen Realitätsverlust wäre er dann vielleicht noch öffentlich zu entschuldigen.

Als die Höcke-Fraktion dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, hatten sie vermutlich gerade Ihre eigenen Lügen in der Zeitung gelesen. Herr Höcke, ich fordere Sie auf, zunächst einmal selbst die Wahrheit zu sagen, bevor Sie den Thüringer Journalisten etwas unterstellen. Veröffentlichen Sie wahrheitsgemäß das Finanzgebaren Ihrer Fraktion, bevor Sie über Geldverschwendung anderer herziehen! Veröffentlichlichen Sie, welche Personen Sie mit Steuergeldern eingestellt haben!

Erklären Sie uns, warum Sie das Zeigen von Reichskriegsflaggen, SS-Runen und mehr noch erlauben wollen, indem Sie für die Abschaffung der §§ 86 und 130 des Strafgesetzbuchs eintreten, welche das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung unter Strafe stellt! Klären Sie endlich, warum Sie genau die Sätze sagen, welche ein gewisser Landolf Ladig in Naziheften abdruckt! Klären Sie uns auf, warum Sie sich mit kriminellen Staatsfeinden wie dem NSU-Unterstützer Thorsten Heise treffen! Solange Sie, Herr Höcke, alle diese Dinge vertuschen, steht es Ihnen meiner Meinung nach nicht zu, die Thüringer Medien zu kritisieren.“

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Konsequenzen

„Opposition ist Mist“ – Franz Münteferings Spruch habe ich hier schon zitiert. Doch „auch Regieren ist kein Reiten auf dem Ponyhof“ (Winfried Kretschmann). Entscheidungen haben Konsequenzen – teils ganz persönliche.

In Blankenhain habe ich es nicht nur mit dem „CDU-Kohle-Kommunisten“ (Parlamentsreport 14) zu tun. Auch ein Regelschuldirektor, der sich wegen der Lehrertüte von der Landesregierung schlecht behandelt fühlt, arbeitet sich an mir ab. Sein Rezept: um sich schlagen. Ein Offener Brief, ein Auftritt im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung, ein Beitrag im Amtsblatt der Stadt, ein Schreiben an Bürgermeister und Stadtrat sowie Mails an Elternvertreter; alles mit Statements voller Larmoyanz, Unterstellungen und Aggressivität. Noch im Juli hatte er mich gebeten, ihn mit einem Hinweis an das Ministerium zu unterstützen – jetzt erhebt er den Vorwurf, sein Offener (!) Brief sei dort aufgetaucht... Der Furor hat konkrete Auswirkungen auf mein Umfeld: meine Vereinssportgruppe darf das Atrium der Regelschule nicht mehr nutzen.

Im Amtsblatt des Landkreises Weimarer Land lässt der für den Inhalt verantwortliche Landrat Hans-Helmut Münchberg ein Schreiben von mir im Volltext abdrucken, ohne mich um Erlaubnis zu fragen. Was interessiert jemanden, der schon mit einem „Angriff auf unsere Verfassung, unser Menschenbild und unsere Demokratie“ (so die Superintendenten der evangelischen Kirchenkreise Apolda-Buttstädt und Weimar über Münchberg) aufgefallen ist, das Urheber- und Persönlichkeitsrecht! Hinzugefügt sind redaktionelle Ergänzungen, die in jedem Satz – auch das ist eine Leistung! – eine unwahre Behauptung enthalten. Tröstlich ist da ein Satz von Paul Newman: „Hast du keine Feinde, dann hast du keinen Charakter“.